Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 9. August 2003 | 114. Jahrgang Nr. 31.418

Weiter Diskussion über Amnestiegesetze

Auch Annullierung der Einzelpersonen-Dekrete? / Ex-Polizeikaplan kurzzeitig festgenommen

Buenos Aires (dpa/JW) - Die Debatte über eine Annullierung der Amnestiegesetze hat sich unter der Woche ausgeweitet. Am Freitag erklärte Innenminister Aníbal Fernández, eine mögliche Abschaffung des Gesetzes über den Befehlsnotstand und des Schlusspunktgesetzes könnte sich auch auf präsidiale Dekrete zur Begnadigung von Einzelpersonen auswirken. „Dies sei zwar nicht zwangsläufig der Fall“, sagte Fernández. Die Möglichkeit solle jedoch „nicht von vornherein ausgeschlossen“ werden.

Begünstigt von solchen präsidialen Begnadigungen per Dekret waren zuletzt im vergangenen Mai der ehemalige „Carapintadas“-Anführer Mohamed Alín Seineldín und der Ex-Guerrillero Enrique Gorriarán Merlo. In beiden Fällen unterzeichnete Interimspräsident Eduardo Duhalde die Beschlüsse wenige Tage vor seinem Ausscheiden aus dem Amt. Beide Inhaftierte kamen umgehend frei.

Derzeit diskutiert der Kongress über mögliche Formen der Abschaffung der 1986 und 1987 erlassenen Amnestiegesetze, die bislang hunderte Schergen des Militärregimes straffrei gestellt hatten.

Eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes zur Frage der Annullierung der Amnestiegesetze steht unterdessen weiter aus. Ein Sprecher des Tribunals erklärte am Mittwoch, über die entsprechenden Gesetze werde derzeit „in Ruhe nachge-dacht“.

Für eine Annullierung müsste die - sich seit dem Abgang des ehemaligen Gerichtshofspräsidenten Julio Nazareno aus nur acht statt neun Oberrichtern zusammensetzende - Institution die Verfassungswidrigkeit der beiden Amnestiegesetze konstatieren. Dies geht nur bei vollständiger Besetzung.

Als Nachfolgekandidat von Nazareno schlug die Kirchner-Regierung bereits vor Wochen Eugenio Zaffaroni vor. Eine Einspruchsfrist gegen den Juristen lief unter der Woche ab.

Derweil ist am Freitag der frühere Polizei-Kaplan Christian von Wernich wieder auf freiem Fuss. Er war am Mittwoch wegen seiner möglichen Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen während der letzten Militärdiktatur 1976-1983 festgenommen worden. Der Geistliche stehe im Verdacht, sich an der Verschleppung, Folter und Ermordung von Opfern des Regimes beteiligt zu haben, hiess es in Medienberichten unter Berufung auf den Richter Leopoldo Schiffrin.

Von Wernich war im Gerichtssaal der Provinzhauptstadt La Plata auf Antrag der Staatsanwaltschaft festgenommen worden, nachdem er vor einer Wahrheitskommission zur Aufklärung der Staatsverbrechen die Aussage verweigert hatte. Eine Bundesrichterin hatte daraufhin 48 Stunden Zeit zu entscheiden, ob ein Haftbefehl gegen den Priester erlassen wird.

Unter der Militärdiktatur wurden nach offiziellen Angaben rund 9000 Menschen umgebracht. In den geheimen Folterzentren waren auch Geistliche tätig. Sie beteiligten sich nach Aussagen Überlebender an der Erpressung von Geständnissen und erteilten Sterbenden die letzte Ölung.

Kampf der Korruption

Transparency International-Vorsitzender Eigen bei Beliz und CADICAA

„In Argentinien erwarte ich, dass der Regierungswechsel mit einem echten Wechsel einher geht, der sich nicht nur wie in anderen Ländern mit Worten erschöpft“, erklärte der Vorsitzende von Transparency International, Dr. Peter Eigen, nach einer Audienz beim Justizminister Gustavo Beliz. Transparency International kämpf seit über zehn Jahren gegen die Korruption. Eigen ist Gründer der Organisation mit Sitz in Berlin. Vorher war Eigen 25 Jahre lang Spitzenbeamter der Weltbank, zeitweilig zuständig für die Darlehen an Argen-tinien.

Beliz versprach Eigen, dass sich die Regierung darum kümmern wird, dass das von der Deputiertenkammer längst verabschiedete Regelwerk, das das Recht auf Information verbrieft, auch vom Senat gebilligt wird. Transparency International stuft die Länder je nach der Perzeption ihrer Korruption ein und verbessert die Benotung, wenn das Recht auf Information verbrieft ist.

Eigen sprach am vergangenen Mittwoch im Verlauf eines Mittagessens in der Deutsch-Argentinischen Industrie- und Handelskammer (CADICAA) und beteiligte sich an einem Gedankenaustausch mit dem Deutschen Klub, gemeinsam mit dem Rotary Klub des Río de la Plata und der lokalen Vereinigung Poder Ciudadano, die Transparency International hier vertritt, an dem die Anwesenden regen Anteil nahmen.

Die 25 Mitglieder der Organisation für Wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung (Englisches Kürzel OECD) mit Sitz in Paris, erklärte Eigen, haben eine Konvention zur Bekämpfung der Korruption vereinbart, die inzwischen von den meisten Mitglieder ratifiziert worden ist, darunter auch Deutschland.

Das Regelwerk bestraft Korruptionshandlungen von Geschäftsführern im Ausland ebenso wie im Inland, wie es in den Vereinigten Staaten ein Gesetz von 1977 vorschreibt. Das verhindert Schmiergelder, meist für öffentliche Aufträge, auch wenn Firmen anderer Länder weiterhin Korruption betreiben und solche Aufträge erhalten.

Argentinier immer älter

Zehn Prozent der Bevölkerung 65 Jahre und älter / Wirtschaftliche Folgen

Nahezu zehn Prozent der argentinischen Bevölkerung ist 65 oder mehr Jahre alt. Das ergibt sich aus der Volkszählung vom Frühling 2001, deren Zahlen das Nationale Statistikamt (Indec) dieser Tage verbreitete. Zur vorherigen Volkszählung von 1991 betrug der Altenanteil 8,9 Prozent, ein Prozent weniger als zehn Jahre später. Als die Bevölkerung vor über einhundert Jahren, 1895, zum zweiten Mal gesamthaft gezählt wurde, waren nur 2,5 Prozent 65 Jahre alt oder älter.

In Südamerika weist nur Uruguay mit 13 Prozent einen höheren Altenanteil aus. Chile hinkt mit 7 Prozent hinterher. In Europa, dessen Bevölkerung gesamthaft abnimmt, stehen Spanien und Italien mit 17 Prozent und Frankreich mit 15 Prozent zu Buch. Auch Japan figuriert mit 17 Prozent Senioren.

Umgekehrt nimmt der Anteil der jungen Bevölkerung von 30,6 Prozent 1991 auf 28,3 Prozent 2001 ab, wogegen sich die Lebenserwartung bei Geburt, die Anfang des 20. Jahrhunderts nur 40 Jahre ausmachte, jetzt bei 72 Jahren liegt, allerdings nur 68,4 Jahre bei Männern und 75 Jahre bei Frauen.

Eigenartigerweise werden auf 100 weibliche 103 männliche Babys geboren, während bei den Senioren auf 100 Männer 146 Frauen kommen, die somit deutlich überwiegen. Von der gesamten Bevölkerung, die 2001 36.260.130 Menschen ausmachte, entfallen 48,7 Prozent auf Männer und 51,3 Prozent auf Frauen.

In zehn Jahren vermehrte sich die Gesamtbevölkerung um 11,2 Prozent, knapp unter einem Prozent im Jahr. Das Bevölkerungs-

segment bis 14 Jahre wuchs nur 2,8 Prozent, von 15 bis 59 Jahre 14,6 Prozent und die Senioren 16 Prozent.

Landesweit verzeichnet die Bevölkerungsstatistik deutliche Unterschiede. Am höchsten ist der Seniorenanteil in der Bundeshauptstadt mit 17,2 Prozent, ähnlich wie in Europa, wogegen im Nordwesten Catamarca 7,2 Prozent, Salta 6 Prozent und Jujuy 5,9 Prozent ausweisen, im Nordwesten Misiones mit 5,4 Prozent zu Buche steht, und in Patagonien Neuquén 5,3 Prozent, Santa Cruz 5,2 Prozent und Tierra del Fuego nur 2,5 Prozent ältere Menschen verzeich-nen.

Die alternde Bevölkerung wirft Schatten auf die Zukunft. Weniger Schulbänke, aber mehr Sozialleistungen und Gesundheitsdienste werden erforderlich, während gleichzeitig weniger Erwerbspersonen mehr Rentner unterhalten müssen, wofür erhöhte Wirtschaftsleistung mit verbesserter Produktivität gefordert ist.

Den Verbrechern an den Kragen

Zeitgleich mit der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise, die Argentinien im letzten Jahrfünft heimgesucht hat, vermehrten sich die Verbrechen im ganzen Land mit Schwerpunkten im Umkreis der Stadt Buenos Aires. Hier leben über zehn Millionen Menschen, vielfach in Notstandssiedlungen, Spanisch genannt „villas miserias“, unweit von geschlossenen, von Mauern oder Zäunen umgebenen Gartenstadtsiedlungen, Englisch genannt „country clubs“, deren es längst einige hundert gibt. In den Notstandssiedlungen hausen Einwanderer aus Nachbarländern und Menschen aus anderen Provinzen, die sich eine bessere Existenz versprechen, wenn sie ihr Zuhause auf dem Land, im Dorf oder in den Bergen aufgeben, um zusammengepfercht in menschenunwürdigen Holz- und Blechhütten zu leben. Die Gartenstadtsiedlungen vermehrten sich wie Pilze ausserhalb der Hauptstadt, weil sie Bewachung und Schutz versprechen und gleichzeitig ein Leben im Freien verheissen.

Zu den üblichen Verbrechen, etwa Überfälle, Raub, Entführungen mit Erpressungen, verschlimmerten sich die Autodiebstähle, eine landesweite Seuche seit Argentinien mit eigener Kraftfahrtindustrie die Zahl der Vehikel auf über sechs Millionen vermehrt hat. Jährlich werden über 100.000 Kraftfahrzeuge gestohlen. Autos wurden vormals einfach auf der Strasse gestohlen, als die Eigentümer abwesend waren. Das hat sich neuerdings geändert, indem der Raub von Automobilen in Anwesenheit der Fahrer und Passagiere vollzogen wurde, sei es an Strassenkreuzungen bei roter Ampel, sei es vor den Wohnungen bei der Ein- oder Ausfahrt.

Der Raub wird mit Waffengewalt verübt, wobei eine erschreckend hohe Zahl mit Mord einher ging, laut offiziellen Statistiken sogar bei bis zu 40 Prozent der Autoräube. Die Bevölkerung in den grossen Ballungszentren des Landes wurde zusehends verängstigt. Jedermann musste fürchten, das nächste Opfer und dabei möglicherweise erschossen oder verletzt zu werden. Die Täter kamen meistens unbehelligt davon und die Vehikel wurden nicht mehr aufgefunden.

Einige Autos, insbesondere teure Modelle, wurden nach Paraguay geschmuggelt, wo eine korrupte Organisation besteht, die sie mit neuen Papieren versieht und billig weiter verkauft. Sogar der jetzige Präsident Paraguays fährt ein eigenes Luxusauto, das in Argentinien geklaut worden war.

Die meisten gestohlenen Vehikel werden im Land verkauft, zum grössten Teil nach der Zerlegung in besonderen Werkstätten, Spanisch genannt „desarmaderos“, deren es Dutzende zumal im Umkreis der Stadt Buenos Aires gibt. Die zerlegten Teile werden dann in Spezialgeschäften, namentlich an der Strasse Warnes im Stadtteil Chacarita von Buenos Aires, verkauft. Den Gewinn teilen sich die Räuber bzw. Mörder, die Zerleger und die Kleinhändler.

Dass Polizeioffiziere, zumal der Provinz Buenos Aires, dabei ihre Hand im Spiel hatten und sich mit Schmiergeldern am schmutzigen Geschäft beteiligten, war längst landesbekannt, ohne dass die Regierung je etwas dagegen getan hätte. Neuerdings hat sich das geändert, nachdem der Polizeichef der Provinz abgesetzt wurde, weil er seine Bereicherung in Form einer hohen Anlage in einer Bank im Ausland nicht rechtfertigen konnte.

Seither wurden die Werkstätten, wo die Fahrzeuge zerlegt wurden, inspiziert und geschlossen, weil sie nicht nachweisen konnten, dass ihre Waren rechtens erworben worden war. Zudem soll ein Register eingerichtet werden, in dem sich alle „desarmaderos“ einschreiben und ihren Ein- und Verkauf mitteilen müssen. Die Folge dieses einmaligen Schlages gegen das organisierte Verbrechen verblüffte, gingen doch die Autodiebstähle sogleich um mehr als die Hälfte zurück. Offenbar lohnt es sich für die Verbrecher nicht mehr, Autos zu rauben, die Insassen zu ermorden und die Nachfrage nach bestimmten Modellen zu befriedigen, die ihnen vorher in Auftrag gegeben worden waren.

Den Verbrechern an den Kragen zu gehen, erschöpft sich freilich keinesfalls mit dem Schlag gegen die Autoräuber. Die Nationalregierung arbeitet neuerdings zusammen mit der Provinzregierung von Buenos Aires, indem sie Informationen austauschen, sich gegenseitig helfen und vermehrt Polizisten, Grenzschützer und Marinepolizisten auf den Strassen und den Zufahrten zur Bundeshauptstadt stationieren. Immer mehr Autos werden von den Sicherheitskräften angehalten, wobei elektronisch an Hand ihrer Nummern festgestellt werden kann, ob es sich um gestohlene Fahrzeuge handelt. Verbrecher meiden jedenfalls solche Kontrollen, die ihnen zum Verhängnis werden können.

Die Wiederherstellung normaler Sicherheitsverhältnisse für die Bevölkerung im Allgemeinen bedarf kontinuierlicher Anstrengungen der Behörden, insbesondere der Polizei, damit vermieden wird, dass Aktionen wie der Schlag gegen Autoräuber nicht versanden, so dass nach einiger Zeit alles wieder geschieht, wie es vorher war. Die Gangsterbanden leben munter weiter unter uns, und wenn sie keine Autos rauben können, mögen sie sich anderen Verbrechen widmen, lies Haus- und Taxiraub, Banküberfälle und vieles mehr. Inzwischen sei mit einem Hoffnungsschimmer festgestellt, dass einiges erreicht werden kann, wenn sich die Regierenden darum kümmern.

Randglossen

Mit Gewaltanwendung zwecks Metallraub verursachten Verbrecher unweit der Bundeshauptstadt den Sturz von Türmen der Hochspannungsleitungen mit der Folge, dass nahezu 400.000 Stromkunden über eine halbe Stunde die Einstellung des Dienstes erleiden mussten. Präsident Kirchner reagierte auf die Information des Stromausfalls, ohne sich über die Ursachen zu erkundigen, indem er die Stromgesellschaften beschuldigte, hiermit Druck auf die Regierung ausüben zu wollen, damit die Stromtarife angehoben würden. Ähnlich hatte sich der Präsident auf einer parteipolitischen Versammlung kurz vorher geäussert, als er drohte, ungenannten Feinden nicht willig zu gehorchen, die von ihm angeblich forderten, unpopuläre Massnahmen zu ergreifen. Gemeint waren der Internationale Währungsfonds und die Korporationen, das sind grosse Konzerne, die sich Kirchner als persönliche Feinde ausgesucht hat.

Mit solchen Äusserungen, zumal in Hinblick auf den Stromausfall als Folge einer verbrecherischen Sabotage, ruft der Präsident Geister wach, die längst eingeschlummert waren. Man fragt sich erstaunt, welche Absichten wohl Kirchner geht, wenn er Feinde aussucht, die keine sind, um im Volk das Image eines Landesvaters zu wecken, der sich um die Geschicke des einfachen Mannes kümmert. Selbstverständlich, indem er diesen von üblen Feinden schützt, die ihn ausbeuten wollen. Man munkelt bereits in politischen Kreisen, dass Kirchner hiermit bezweckt, am 17. Oktober, dem sogenannten Loyalitätstag der Peronisten, befreundete Agitatoren zum Regierungsplatz, genannt Plaza de Mayo, zu lotsen, damit er vom Balkon des Regierungsgebäudes mittels einer Volksrede seine Popularität unter Beweis stellen kann. Waschechte Peronisten, die sich in diesem politischen Treiben auskennen, dürften solchen Szenen mit deutlichem Misstrauen begegnen. Anderen Beobachtern graut es vor den Folgen.

WOCHENÜBERSICHT

Glos-Besuch

Vizepräsident Daniel Scioli hat am vergangenen Donnerstag den CSU-Abgeordneten Michael Glos empfangen. Der Bundestagsabgeordnete der bayrischen Christlich-Sozialen Union traf sich bei seinem zweitägigen Aufenthalt in Buenos Aires auch mit dem Innenminister Aníbal Fernández, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Abgeordnetenkammer, Jorge Alberto Escobar, Vetretern des Aussenministeriums, Senatoren sowie dem Fraktionsvorsitzenden der PJ, José Maria Diaz Bancalari. Ebenfalls auf dem Programm stand eine Unterredung mit Bürgermeisterkandidat Mauricio Macri. Glos gilt als profunder Kenner Südamerikas. Er habe sich „aus erster Hand“ ein „aktuelles Bild“ über die Lage in Argentinien machen wollen, hiess es in einer Pressemitteilung der deutschen Botschaft. Glos, seit 1976 im Deutschen Bundestag und amtierender Vorsitzender der CSU-Landesgruppe sowie 1. Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wurde u.a. begleitet von dem Bundestagsabgeordneten Klaus Rose.

Gestrandet in der Quebrada

Die Reise des Präsidenten in die Provinz Jujuy, um die UNO-Erklärung des Humahuaca-Tals zum Erbgut der Menschheit gebührend zu feiern, ist mit kleineren Anekdoten gespickt. Wie der Präsident mit seiner zahlreichen Begleitung ankam, hatten die Zeremonienmeister der Provinz keine wie immer geartete Empfangsbewirtung vorgesehen. Trotz Hitze gab es von 10 bis 16 Uhr nicht einmal ein Glas Wasser für Kirchner. Die Begleitung leerte die Snack-Bar des Flughafens, der dem Ansturm nicht gewachsen und bald völlig geleert war. Anschliessend musste der Hubschrauber des Präsidenten notlanden, angeblich weil letzterer darauf bestand, mehr Mitfahrern die Ehre seiner Gesellschaft zu erweisen, als die Flugmaschine verkraften konnte.

Entlarvter Geheimdienst

Das Bundesgericht, das das Attentat auf die AMIA untersucht, hat 15 Mitglieder und ehemalige Mitglieder des Geheimdienstes SIDE vorgeladen. In einem Schriftstück an das Gericht hat sich der Geheimdienst aber ausserstande erklärt, die Adressen von vier von ihnen ausfindig zu machen.

Korrupte im Knast

In der ersten Etappe der angekündigten Untersuchungen über unlauteres Verhalten von leitendem Gefängnispersonal wurden 69 hohe Offiziere entlassen. 36 von ihnen wurden „gezwungen“, 20 „genötigt“ und 13 „aufgefordert“, sich vom Dienst zurückzuziehen, wie es in der Mitteilung heisst.

Männermangel

Aus den Auswertungen des Zensus vom November 2002 gab das Nationale Statistikamt Indec bekannt, dass in Argentinien auf 100 Männer 105 Frauen kommen. Auch sind bereits 10 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre alt.

Neuer Nuntius

Monsignore Adriano Bernardini hat die Vertretung des Vatikans in Buenos Aires übernommen. Er war bereits päpstlicher Nuntius in Thailand und Singapur und löst in Argentinien Monsignore Santos Abril y Castelló ab.

Der richtige Amtsweg

Victoria Dopico aus Alta Gracia, Provinz Córdoba, hat sich nach elf Jahren vergeblicher Bemühungen, ihren Personalausweis DNI zu erhalten, entschlossen, den Staat in nicht genannter Millionenhöhe zu verklagen. Er schränke ihr Leben ein, hiess es in der Anklageschrift. Mittlerweile soll Frau Dopico einen Anruf von Innenminister Aníbal Fernández erhalten haben mit dem Versprechen, das Problem zu lösen.

Gebete für Arbeit

Wie jedes Jahr, hatte sich auch diesmal vor der Kirche des Schutzheiligen für die Arbeitsbeschaffung eine diesmal etwa 1,2 km lange Schlange gebildet, um am 7. August einen Platz im Gotteshaus zu ergattern. Einige der Gläubigen halten ihren Platz in der Schlange bereits seit einem Monat.

Stromausfall

Am Mittwoch hatten 390.000 Anschlüsse für etwa 1,6 Mio. Menschen des Stromverteilers Edesur im Westen von Buenos Aires Stadt und dem anschliessenden Provinzgebiet keinen Strom mehr. Drei U-Bahnstrecken und 600 Verkehrsampeln fielen aus. Präsident Kirchner erklärte drohend, er hoffe, der Stromausfall sei kein Druckmittel der E-Werke gegen die Tarifeinfrierung. Tatsächlich waren von den Stahlgerüsten, die die Hochspannungsleitungen tragen, so viele Teile gestohlen worden, dass drei umgestürzt und zwei nahe daran waren.

Caneva tot

Der mutmassliche Kriegsverbrecher Bruna Caneva ist tot. Der 91-Jährige gebürtige Italiener starb am Donnerstag in Medoza. Der ehemalige Unteroffizier wurde beschuldigt, für die Ermordung von 82 Personen 1945 in dem Städtchen Pedescala verantwortlich zu sein. Erst vor zwei Wochen war Caneva, einst ein Perón-Intimus, von einem Vertreter des Simon Wiesenthal-Zentrums gegenüber Präsident Néstor Kirchner als „Nazi-Verbrecher“ bezeichnet worden. Der „Nazi-Jäger“ forderte dabei die Auslieferung Canevas an Italien.

Lohnforderungen der Staatsbeamten

ATE, die Gewerkschaft der Angestellten des Staates, hat am Donnerstag landesweit Kundgebungen veranstaltet, um ihrer Forderung nach einer Erhöhung von 200 Pesos für alle Lohnempfänger des Staates Nachdruck zu verleihen. Auch fordert sie, dass alle vom Staat nur durch Arbeitsverträge Verpflichteten, endgültig als Staatsbeamten eingegliedert werden.

Pablo Micheli, Generalsekretär der Gewerkschaft erklärte, die Staatsbeamten seien keinesfalls gegen Lohnerhöhungen in der Privatwirtschaft, sie fordern nur Gerechtigkeit für sich und dass kein Staatsbeamter unter der Armutsgrenze leben müsse. Auch sprach er seine Genugtuung darüber aus, dass der Streik von 80 Prozent der Mitglieder befolgt wurde, besonders im Gesundheitsbereich. Er forderte die Demokratisierung des Staates und die Aushandlung neuer Kollektivverträge. Die Gewerkschaft warte die Stellungnahme der Regierung ab, um über weitere Kampfmassnahmen zu entscheiden.

In Buenos Aires-Stadt unterbrachen die Staatsbeamten die Arbeit am Mittwoch um 11.30 Uhr, konzentrierten sich vor dem Parlament und marschierten bis zum Wirtschaftsministerium. In Rosario wurde die Arbeit um 10 Uhr unterbrochen. In der Provinz Río Negro streikte nur das Personal der Krankenhäuser. Auch aus Misiones und Entre Ríos wurden Protestkundgebungen gemeldet und hervorgehoben, dass die Forderungen an den Staat, die Provinzen und alle Wahlkandidaten gerichtet seien.

AUSFLÜGE UND REISEN

Neue Luxusherbergen für Anspruchsvolle

Die Luxusherberge Colomé.

In den Cordobeser Bergen gab es früher zwei Hospize, die auf den damals beschwerlichen Wegen über die Altas Cumbres von der Provinzhauptstadt nach Traslasierra die Reisenden erwarteten. Eines war El Cóndor, von einer Schweizer Familie, Raymond, gebaut und Jahre lang betrieben, heute zur Grosstankstelle an der Autopista de Montaña

umfunktioniert.

Die andere Herberge heisst La Posta und liegt etwa 12 Kilometer weiter westlich, auch an der Bergautobahn, dort, wo die Abfahrt nach Mina Clavero beginnt. Letztere wurde nun von Qenti übernommen und totalrenoviert, so dass daraus ein Fünf-Sterne-Betrieb wurde. Damit besitzt das Unternehmen neben der Posada del Qenti bei Carlos Paz jetzt auch die Posta del Qenti in der Pampa de Achala, wo man in der kristallklaren Bergluft ausruhen oder sich auch dem Abenteuerturismus widmen kann. Der junge Nationalpark Quebrada El Condorito ist nicht weit von hier entfernt. Auskunft durch Anklicken von qenticho@dcc.com.ar und qenti@qenti.com oder über Telefon 4314-0230.

Eine weitere Luxusunterkunft funktioniert seit kurzem, für die meisten unbekannt, unweit Molinos, im Herzen des Valle Calchaquí, Provinz Salta. Hier hat eine Schweizer Gruppe in 2.200 Meter Höhe eine Fünf-Sterne-Hostería bei Colomé eingerichtet. Das Dorf ist eine alte Eingeborenensiedlung, wo heute weitläufige Weinberge mit einer dazugehörigen Kelterei liegen, die teilweise gleichfalls der Gruppe gehören.

Colomé befindet sich inmitten einer grandiosen Bergwelt, 20 Kilometer von der Ruta 40 (Abfahrt Molinos) und etwa zweieinhalb Autostunden von Cafayate entfernt. In zwei Jahren wird hier auch eine Galerie der Gemäldesammlung Hess eröffnet.

Die Bodega y Estancia Colomé, wo man pro Jahr 350 Sonnentage zählt und die lokal gezogenen Kreszenzen kredenzt werden, ist von Beatrice Moeckli und María Constanza Bearzi geführt, e-mail estancia@bodegacolome.com, Fernruf 03868-494043/4.

Schliesslich noch ein drittes Projekt einer Luxusherberge, was beweist, dass das Hotelgewerbe viele solvente Ausländer als künftige Besucher erwartet. In diesem Fall nicht in Argentinien, sondern am gegenüberliegenden Flussufer, im uruguayischen Colonia del Sacramento, nur 60 Kilometer von Buenos Aires. Hier plant Juan Carlos López Mena, Präsident von Buquebus, im historischen Stadtkern ein Fünf-Sterne-Etablissement in den Gemäuern des ehemaligen Sitzes der Prefectura Fluvial einzurichten, das 55 Zimmer umfassen wird und von einer internationalen Hotelkette gemanagt werden soll. Buquebus kann dann Fahrgästen der Fähren oder Reisenden allgemein komplette Ausflugs-Pakete anbieten. Später wird auch ein Spielcasino hinzu kommen.

Marlú

Gold für „Teutonia“

Buenos Aires (AT/JW) - Zwei „Teutonen“ haben Argentinien bei den XIV. Panamerikanischen Spielen in Santo Domingo einen „goldenen Freitag“ beschert. Walter Naneder (im Bild links) und Marcos Morales gewannen im Zweier ohne Steuermann deutlich vor den Brasilianern Alexandre Soares und Gibran Cunha. Bronze ging an die Kubaner Luis Cruz und Manuel Cascaret.

Der Erfolg der beiden Ruderer vom deutschen Sportclub „Teutonia“ war zugleich das dritte Gold für Argentinien bei den am vergangenen Wochenende gestarteten Spielen. Für das vierte Gold sorgte ebenfalls am Freitag das argentinische Softball-Doppel Marcelo Franco/Javier Nicosia.

Nur Minuten vor dem Triumph von Naneder/Morales hatte Santiago Fernández (Club San Fer-nando) Silber im Einer gewonnen und damit das erste Edelmetall für die bei Panamerika-Spielen traditionell starken argentinischen Ruderer geholt.

Mit nun insgesamt acht Medaillen (vier Gold/drei Silber/ein Bronze) liegt Argentinien nach sieben Wettkampftagen auf Platz sieben des Medaillenspiegels. Rang eins ist fest in der Hand der USA (75//32/20/23), gefolgt von Kuba (49//25/12/12).

Am heutigen Samstag können jedoch vor allem die (Teutonia-) Ruderer die bislang eher durchwachsene argentinische Bilanz weiter aufbessern. Insgesamt vier Boote des argentinischen Ruderverbandes (AAR) stehen in den Finals, bei dreien sitzen „Teutonen“ am Schlag: im Doppel-Vierer Leichtgewicht Ulf Lienhard und Diego Wehrendt, im Doppel-Zweier Leichtgewicht erneut Ulf Lienhard und im Doppel-Zweier Ariel Suárez.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags $ 2,94. Die Terminkurse betrugen zum 29.8. $ 2,94, 30.9. $ 2,96, 31.10. $ 2,98, 28.11. $ 3,00 und 31.12. $ 3,03.

***

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 1,8% auf 741,72, der Burcapindex um 1,9% auf 1.733,21 und **der Börsenindex um 1,4% auf 32.057,04.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 4,2% auf $ 1,8059.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 5.8.03 U$S 13,50 Mrd., der Banknotenumlauf $ 24,60 Mrd. Eine Woche zuvor waren es U$S 12,49 Mrd. bzw. $ 23,72 Mrd., einen Monat zuvor U$S 13,04 Mrd. bzw. $ 23,57 Mrd. und ein Jahr zuvor U$S 8,98 Mrd. bzw. $ 15,17 Mrd.

***

Von den für 03 vorgesehenen 53.000 Betriebsprüfungen des Steueramtes in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsministerium, wurden bereits 31.000 durchgeführt. Sie überprüfen ausschliesslich die Zahlung der Sozialbeiträge und die Schwarzarbeit. Als Ergebnis wurden Richtigstellungen für $ 240 Mio. bekannt gegeben, gegen die Berufung eingelegt werden kann.

***

In Erwartung der Gesetze gegen Steuerhinterzieher, an denen im Parlament gearbeitet wird, will das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) im August beginnen, Verdächtigte der MwSt-Hinterziehung zu überwachen. Die vorgesehene Dauer dieser Sonderüberwachungen soll 6 Monate betragen.

***

Die Steuereinnahmen der Provinz Buenos Aires nahmen im Juli im Vormonatsvergleich um 22% auf $ 468 Mio. zu. Wie das CEB (Centro de Estudios Bonaerenses) weiter bekannt gab, waren die Junieinnahmen im selben Vergleich bereits um 7% grösser. Gegenüber den ersten 7 Monaten 02 verzeichneten die Steuereinnahmen eine Zunahme von 53%. Darüber hinaus nahmen die Moratorien ab, was eine erhöhte Normalisierung der Steuerzahlungen bedeute.

***

Betreiber privatisierter Dienstleistungsbetriebe, deren Konzessionsverträge ihres Erachtens durch die Abwertung und Pesifizierung gebrochen wurden, könnten den argentnischen Staat bisher bis zu U$S 17 Mrd. kosten. 2 Sprecher der rd. 20 Kläger vor der ICSID, dem Schiedsgericht für Streitfragen über Auslandsinvestitionen, und ein Regierungssprecher bestätigten den Betrag, der sich ergeben würde, wenn Argentinien in allen Fällen verliert. Argentinien ist weltweit bereits der Staat mit der grössten Anzahl von Klagen dieser Art, die sich um weitere 30 vermehren könnten.

***

Seit der Abwertung kommen mehr Auslandsurlauber ins Land und weniger Argentinier fahren ins Ausland. Dennoch bleibt der Devisenerlös aus dem Fremdenverkehr nach amtlichen Angaben negativ. 2001 wurden durch den Fremdenverkehr U$S 2,64 Mrd. eingenommen und U$S 3,89 Mrd. ausgegeben. 02 wurden U$S 1,53 Mrd. eingenommen und U$S 2,33 Mrd. ausgegeben. Im 1. Quartal 02 betrugen die Einnahmen U$S 445 Mio. und die Ausgaben U$S 821 Mio. Im 1. Quartal 03 betrugen die Einnahmen U$S 554 Mio. und die Ausgaben U$S 780 Mio.

***

Obwohl die Wollausfuhren mengenmässig nur um 3% zugenommen haben, stieg ihr Devisenerlös durch höhere Weltmarktpreise um 26,4%. In dieser Saison wurden dem Wollverband zufolge 70.800 t Schweisswolle für U$S 164 Mio. ausgeführt. Die Tendenz der Wollpreise bleibt günstig und Argentinien könnte wesentlich mehr exportieren, wenn es über das notwendige Angebot verfügen würde.

***

Der Einzelhandelabsatz hat im Juli im Vorjahresvergleich um durchschnittlich 10% zugenommen. Hauptgrund sei die Wiedereinführung der Ratenzahlungen mit Kreditkarten, wie der Einzelhändlerverband CAME in landesweit 422 Geschäften ermittelt hat. Am meisten legte der Immobilienbereich mit 44% gegenüber dem Vorjahresjuli zu, vor 26% bei Schuhwerk, hier besonders durch den Winterausverkauf.

***

Borax Argentina hat ihre neue Borsäure-Fabrik in Campo Quijano, Provinz Salta, in Betrieb genommen. Die Investition betrug U$S 2,6 Mio. Sie wird eine Erweiterung des Exportangebotes der Firma gestatten, das sich aus der Verarbeitung der Bor-

vorkommen in der Provinz ergibt.

***

Die Compañía Los Andes de Alimentos, Provinz San Juan, hat begonnen, tiefgekühltes Weissbrot nach Chile zu exportieren. Die 1. Etappe erforderte $ 3 Mio. Investition, das gesamte Vorhaben $ 15 Mio. Der Verarbeitungsvorgang ist vollautomatisch, einschliesslich der eingegliederten Metall- und Fremdkörperdetektoren. Die Firma beliefert auch Supermarktketten in Buenos Aires und Córdoba.

***

Die Gesetzesvorlage über Patentrecht, die von der Regierung ausgearbeitet wurde, um in der WHO eine Kollision mit den USA zu vermeiden, wurde nun von der EU, vorerst mit diplomatischen Mitteln, beanstandet. Wichtigste Streitfrage seien die Schutzmassnahmen für den Inhaber der Patente. Der Gesetzesvorlage zufolge kann ein argentinisches Gericht nur dann Schutzmassnahmen verfügen, wenn es annehmen kann, dass das Patent eingetragen wird und wenn der Schaden für den Patentinhaber grösser als für den Patentverletzer ist. Der EU zufolge verstosse das gegen die WHO-Abkommen über geistiges Eigentum, die der EU gestatten, gegen solche Bestimmungen Einspruch zu erheben. Paragraph 50 des WHO-Abkommens sieht vorrangig Schutzmassnahmen für den anzunehmenden Besitzer des Patentrechtes vor. EU-Unternehmen gaben an, dass 30% der hier erzeugten Medikamente Patentraub sind, ungefähr genausoviele wie die rechtswidrig kopierten Informatikprogramme.

***

Mit der Zahlung von $ 251 Mio. hat die Banco Ciudad als erste alle ihre Rediskontschulden an die ZB beglichen. Auch wurden Auslandsschulden von U$S 195 Mio. bezahlt. Die Bank betont, dass sie auch die erste war, die eingefrorene Einlagen zurückzahlte und die erste, die wieder Kredite gewährte. Zinssätze für Arbeitskapital für kleine und mittelständische Unternehmen wurden herabgesetzt. Die Zinsen für Hypothekenkredite bis $ 60.000 auf 8 Jahre wurden auf 17% gesenkt, für Pfandkredite auf 25% und für Personalkredite auf 28% im Jahr.

***

Im Juli wurden 3.415 Entlassungen gemeldet, um 29% weniger als im Vormonat, im ganzen Jahr bisher 15.829. Der gösste Stellenverlust 03 wurde im Juni mit 4.407 bekannt gegeben. Im Krisenjahr 02 waren im Juli 401.727 Arbeitsplätze verloren gegangen. Wie die Beraterfirma Tendencias Económicas bekannt gab, ist auch die Streikzahl geringer geworden. Es waren weniger als im Vormonat und im gleichen Vorjahresmonat, vorwiegend in Staats- und Provinzverwaltungen, der Justiz, im Schulbetrieb und im Gesundheitswesen. In der Privatwirtschaft wurde beim Transport und Erdöl gestreikt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war im Juli um 9,5% geringer als im Vormonat und um 110% grösser als im Vorjahresjuli. Der Di Tella Universität zufolge, die einen Arbeitsmarktindex aus Annoncen in Buenos Aires Stadt führt, sei der Nachfragerückgang nicht gross genug, um der seit April beobachteten steigenden Tendenz entgegen zu wirken.

***

WHO-Generaldirektor Panitchpakdi ermutigte Argentinien, die Forderung nach Abschaffung der Agrarsubventionen aufrecht zu erhalten. Voraussetzung sei allerdings, dass es bereit sei, bei den Verhandlungen in Cancún die von der internationalen Gemeinschaft geforderten Flexibilisierungen des Welthandels zu beherzigen. Alle 146 Mitglieder der WHO müssten sich politisch verpflichten, die Termine einzuhalten, da die technischen Debatten erschöpft seien.

***

Der Kauf der umlaufenden Aktien der Zigarettenfabrik Nobleza Piccardo konnte von ihrem Hauptanteilseigner, der British American Tobacco Holdings B.V., erfolgreich abgeschlossen werden. Die Börse von Buenos Aires hat nun die Zurückziehung derselben von der Börsennotierung gebilligt.

***

Die US-Investmentfirma Franklin Ressources hat die vom ehemaligen Schatzsekretär Brady gegründete Darby Overseas Investment erworben. Damit wird Franklin Ressources auch Minderheitsbeteiigter bei der argentinischen MBA (Merchant Bankers Asociados) und dem Zitrusunternehmen San Miguel in Tucumán, dem grössten Zitronenexporteur der Welt. Franklin Ressources ist das Stammhaus von Franklin Templeton Investments, weltweit einer der ältesten Investmentfonds, mit einem Portefeuille von U$S 278 Mrd. Er hatte bis jetzt 12,7% von Darby und hat nun die restlichen 87,3% gekauft.

***

Minera Argentina Gold, Tochter der kanadischen Barrick, hat mit dem Ipeem (Instituto Provincial de Exploraciones y Explotaciones Mineras) der Provinz San Juan einen Förderungsvertrag für das Veladero-Goldgebiet unterzeichnet. Von den zu investierenden U$S 435 Mio. hat die Firma bereits U$S 100 Mio. investiert. Der Vertrag hat 13 Jahre Laufzeit.

***

Die letzten eingefrorenen Konten mit Einlagen über $ 100.000 wurden aufgetaut. Es handelt sich um $ 2,28 Mrd. in Cedro-Bonds, die im April auf 120 Tage eingefroren wurden. Damals wurden 34% der $ 6,72 Mrd. in Fristeinlagen zu 2% Jahreszins mit CER-Indexierung verwandelt. Es wird erwartet, dass 50% der Beträge in den Banken bleiben.

***

Nach Angaben des Landwirtschaftsverbandes „Sociedad Rural Argentina“ entnimmt der Staat der

Rückwirkende Annulierung der garantierten Kredite an den Staat

Durch Dekret 530/03 (Amtsblatt vom 7.8.03) wurde bestimmt, dass die Kredite an den Staat, die aus der Umwandlung von Staatspapieren im November 2001 entstanden sind, sofern sie nicht in Pesos zu $ 1,40 plus CER-Indexierung umgewandelt wurden, wieder in die ursprünglichen Staatstitel umgewandelt werden. Auf diese Weise werden diese Titel auch dem Default-Paket einverleibt, bei dem ein hoher Abschlag oder eine Streckung der Frist und Verringerung der Zinsen erwartet wird.

Es handelt sich um Titel in Dollar, die ursprügnlich eine Rendite von 15% und mehr abwarfen, die die Regierung 2001 unter Wirtschaftsminister D. Cavallo in einen Dollarkredit an die Regierung zu 7%, bei 3 Jahren zusätzlicher Laufzeit, umgewandelt hatte, wobei diese Kredite mit der Garantie der Einnahmen aus der Steuer auf Einzahlungen und Auszahlungen auf Giro- und Sparkonten ausgestattet wurden. Die Inhaber der Titel willigten auf niedrigere Zinsen und eine längere Laufzeit gegen eine viel höhere Garantie ein. 68% der garantierten Kredite entfallen auf Rentenverwaltungsfonds (AFJP), also auf die Beitragenden, deren angesammeltes Kapital in jenen Titeln angelegt worden war. Es handelt sich um ursprünglich U$S 12 Mrd. Der Rest entfällt zum grössten Teil auf Banken.

Die Regierung hatte eine Frist für die Annahme der Pesifizierung gesetzt, jedoch nicht angegeben, dass diejenigen, die sich nicht damit einverstanden erklärten, wieder die ursprünglichen Titel erhalten würden. Die Rentenkassen haben die Umwandlung nicht angenommen, wobei die Verwalter derselben wohl auch erwogen haben, dass sie dann von ihren beitragenden Mitgliedern gerichtlich belangt werden könnten, da sie ihnen einen Schaden zugefügt haben.

Das neue Dekret bestimmt auch, dass die Zahlungen von Zinsen und Amortisationen der garantierten Kredite zunächst eingefroren werden, also auf ein nicht verfügbares Konto bei der ZB eingezahlt werden, bis die Umstrukturierung der Staatschuld abgeschlossen ist. Die Gläubiger können jedoch dabei die Garantie geltend machen und vor Gericht die Beschlagnahme der Einnahmen aus der Steuer auf Bankkontenbewegungen fordern.

Diese einseitig von der Regierung verfügte Umwandlung ist ein klarer Vertragsbruch, so dass die Rentenkassen (AFJP) jetzt Grund haben, um die Regierung gerichtlich zu verklagen. Formell ist dies auch notwendig, wegen der Verantwortung gegenüber den Mitgliedern. Wenn die Richter sich streng an die Rechtsorddnung halten, besteht kein Zweifel, dass dieses Dekret verfassungswidrig ist. Wenn sie, oder letztlich der Oberste Gerichtshof, jedoch politisch, also im Sinn der „Staatsraison“ handeln, kann es auch zu einer Bestätigung des Dekretes kommen, womit dann auch die Verwalter der Rentenfonds ihrer Verantwortung entledigt werden. Wenn die Rentenfonds schliesslich Staatspapiere in Dollar zu einem niedrigen Zinssatz, aber mit langer Laufzeit erhalten, ist der Schaden geringer. Ohnehin brauchen sie diese Beträge nicht unmittelbar, sondern nur, wenn die Beitragenden schliesslich in Pension gehen.

Die Staatschuld, die formell vom Default erfasst wird, beträgt U$S 76.701 Mio., in Form von 152 verschiedenen Bonds, in 14 Währungen und bei Anwendung 8 verschiedener Gesetzgebungen. Die garantierten Kredite machen U$S 26.609 Mio. aus. Wenn diese nun Kredite wieder in Bonds umgewandelt werden, die von der Default-Erklärung betroffen wurden, gelangt man insgesamt auf $ 102.700 Mio. Davon muss man jedoch den Teil der garantierten Kredite abziehen, der pesifiziert worden ist.

KAUFEN VERSCH.
COMPRAS VARIAS

IVES Compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287.

ZU VERMIETEN
ALQUILERES OFRECIDOS

PSICOLOGOS/Psicólogas alquilo consultorio Belgrano“R“ 4782-4178.

Landwirtschaft durch verzerrende Steuern $ 7,98 Mrd. im Jahr. Durch Besteuerung der Ausfuhren rd. $ 6,4 Mrd., etwa U$S 2,2 Mrd.. Dazu kommen $ 1,08 Mrd. durch MwSt-Belastungen, die nicht abgewälzt werden können, bei Getreide. Das Verbot der Inflationsberichtigung der Bilanzen habe dem Staat weitere $ 500 Mio. durch Scheingewinne eingebracht.

***

Der lokale Stahlverbrauch pro Einwohner lag im 1. Halbjahr 03 bei 64 kg, um 20% mehr als die 53 kg des Vorjahres, aber immer noch viel weniger als die 120 kg von 1998, die 80 kg von 2001 und die 90 kg des Jahres 2000. Vor den 80er Jahren lag der Stahlverbrauch pro Kopf normalerweise über 150 kg.

***

Die Firma Integralco, das Catering-Unternehmen des Konzerns „The Exxel Group" hat eine Gläubigereinberufung vor Gericht beantragt. Exxel hatte diese Firma, die grösste der Branche, mit hervorragenden Kunden in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Bereich, Ende 2000 gekauft. Mehrere Unternehmen dieses Konzerns haben in den letzten Jahren den gleichen Weg begangen, und einige wurden schliesslich von Gläubigern übernommen oder an Dritte verkauft. „The Exxel Gropu" hat einen wahren Zusammenbruch erlebt, was u.a. auf die unhaltbare Strategie zurückzuführen ist, Unternehmen zu kaufen und dies mit Verschuldung derselben zu finanzieren. Das führte zu einer untragbaren Überschuldung, was grossen internationalen Banken, die das Geld bereit gestellt, dies jedoch nicht gemerkt haben, schliesslich hohe Verluste verursachte.

***

Die nationale Berufungskammer für Handelsrecht hat in einem Urteil bestimmt, dass eine Dollarschuld, die vor der Pesifizierung fällig geworden war und nicht termingerecht getilgt worden ist, nicht von der Pesifizierung eins zu eins betroffen wurde, da das Gesetz 25.561 (über öffentlichen Notstand und Reform des Wechselkurssystems) sich nicht auf säumige Verpflichtungen bezieht, die vor Verkündung des Gesetzes schon fällig waren, wobei das Gesetz sich ausdrücklich auf Dollarschulden bezieht, deren Rückzahlung ab Verkündung des Gesetzes fällig wird.

***

Die chinesische Einfuhrsperre für Sojabohnen zwingt zu Lieferungen von 150.000 t für U$S 31 Mio. an andere Märkte. Ein Schiff hat bereits einen chinesischen Hafen verlassen um in einem anderen asiatischen Staat zu löschen. Die Sojabohnenkäufe Chinas hatten sich gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt, was zu erhöhten Angeboten führte, die die Behörden Chinas nun eindämmen wollen. Rd. 15 argentinische und brasilianische Schiffe warten vor chinesischen Häfen auf Einfuhrbewilligungen.

***

Telefónica de Argentina hat ihre Schuldumstrukturierung abgeschlossen. Vor rd. 2 Monaten begann sie über ihre Obligationen mit Fälligkeiten 04 und 08 und eine weitere von Cointel zu verhandeln. Statt der erwarteten 90% Annahme erzielte sie rd. 75%. Der Börse wurden folgende Ergebnisse gemeldet: 73% für U$S 219 Mio. nahmen die Umschuldung der Fälligkeit 2004 an, 65,9% für U$S 300 Mio. die von 2008. Die Cointel-Obligationen in Dollar wurden zu 73% angenommen, die Serie in Pesos zu 17,7%. Die neuen Bonds werden 2007 und 2010 ohne Kapital- oder Zinsabschläge fällig. Als Anreiz erhielten die Gläubiger die einwilligten 7% und 15% in bar als Voramortisation. Die Gläubiger die nicht einwilligten, werden nach den ursprünglichen Bedingungen bedient.

***

Mit einer Politik billiger Preise wurde LAPA nach Aerolíneas die 2.grösste Binnenfluggesellschaft des Landes. Ihr Gründer, A. Deutsch, verkaufte sein Mehrheitspaket einer Gruppe unter E. Eurnekian, der sie einer Gruppe unter Folchi weiterverkaufte. Zweieinhalb Jahre nach ihrem Konkursantrag hat ein Gericht den endgültigen Konkurs der Firma erklärt.

***

Devisenmakler können wieder, wie bis zum November 02, am Devisenmarkt tätig sein. Die ZB zwang sie, über das elektronische System der Banken, MAE (Mercado Abierto Electrónico) zu handeln, was sie vom Platz verdrängte. Sie sollen ihr eigenes, MEC (Mercado Electrónico de Cambios) System entwickeln, wofür ihnen eine Frist von 60 Tagen eingeräumt wurde. Bis dahin können sie, mit der Auflage, Geschäfte von mehr als U$S 10.000 sofort der ZB zu melden, das Geschäft telefonisch abwikkeln. Auch hier wird die ZB, wie beim MAE, Preisregelnd eingreifen.

***

Von den ausgegebenen monetären Bonds für $ 7,8 Mrd. hat der Staat bereits $ 3,27 Mrd. zurückgenommen. Die Lecorbonds der Provinz Córdoba für $ 656,22 Mio., die Federales von Entre Rios, $ 260 Mio., Bocade, Tucumán, $ 169 Mio. und Bocanfor, Formosa, $ 85 Mio. wurden voll eingelöst. Von den Lecop wurden 57% für $ 1,56 Mrd. eingelöst und von den Patacones (Provinz Buenos Aires) 20% für $ 534,3 Mio.

***

Der Verband der Notare von Buenos Aires Stadt hat ein Abkommen mit der Firma Certisur SA getroffen, das seinen Mitgliedern die Verwendung der digitalen Unterschrift gestatten wird. Sie gestattet die Identifizierung, Beglaubigung und das Privatim der an einer Transaktion oder Information über Internet Beteiligten. Certisur bietet die Infrastruktur von VeriSign Trust Network, dem grössten Digital-Zertifizierungsnetzwerk der Welt.

***

Die argentinischen Kfz-Zulieferer konnten ihr Risiko verteilen. 1997 nahm Brasilien noch 67% ihrer Ausfuhren ab, heute nur mehr 37,4%. Damals ging für U$S 800 Mio. im Jahr gegen heute für U$S 480 Mio. nach Brasilien. Die USA legten als Abnehmer von 10% auf 24,4% zu, Mexiko von 3,9% auf 6%. Deutschland, das kein bedeutender Abnehmer war, importiert heute Zuliefer-teile für U$S 61 Mio. im Jahr. Dafür war allerdings die Getriebefabrik von VW in Córdoba ausschlaggebend.

***

Das Rindfleisch-Förderungsinstitut IPVC soll nach 5 Jahren Diskussionen und Amtswegen endlich entstehen. Landwirtschaftssekretär Campos konnte die Einigung der Schlachthöfe für die Ernennung ihrer Vertreter erzielen. Auch verfügte er, dass die Beiträge der Privatwirtschaft, die das Budget von $ 15 Mio. im Jahr finanziert, ab September gezahlt werden. Für die nächste Woche hat er eine Versammlung aller Beteiligten einberufen.

***

Das Wasserwerk Aguas Argentinas übernimmt die Wasserver- und -entsorgung in den Bezirken Esteban Echeverría und Ezeiza. Derzeit unterstehen sie der OSBA (Obras Sanitarias de Buenos Aires). Die Übernahme wurde von der Überwachungsbehörde ETOSS mit Beschluss 85/03 angeordnet, die sie mit Gesunfheitsrücksichten und dem Wunsch der Gemeinden begründete.

***

Die ZB hat den Jahreszinssatz für ihre Lebac-Wechsel auf 30 Tage auf 1,38% belassen. Sie nahm Angebote für $ 215 Mio. an, davon $ 108 Mio. in Pesos, $ 18 Mio. in Pesos mit CER-Indexierung und $ 89 Mio. in Dollar. Die Ausschreibungen auf 6 und 12 Monate fanden keine Interessenten.

***

Die Zunahme der Konsumentenpreise von 0,4% im Juli ergibt sich aus sehr unterschiedlichen Preisbewegungen. Die grössten Zunahmen verzeichnen Zigaretten mit 19%, runde Tomaten mit 9,3%, Kürbisse (zapallo) mit 3,4%, Äpfel mit 3,1% und Reggiano-Käse mit 3%. Die stärktes Abnahmen entfallen auf Kartoffeln mit 14,5%, Knoblauch mit 13,8%, Maiskolben mit 7,8%, Zwiebeln mit 6,9% und Speiseöl mit 5,4%. In der Statistik nach Sparten entfällt die höchste Abnahme auf „Andere Güter und Dienstleistungen" mit 4,8%, gefolgt von „Freizeitausgaben" mit 3,8%. Hier wirkten sich die Winterferien aus, die eine erhöhte Nachfrage mit sich brachten.

Negative Handelsbilanz mit Brasilien

Im Juli hatte Argentinien mit Brasilien eine negative Handelsbilanz von U$S 52 Mio. Damit verschärft sich das im Juni begonnene Ungleichgewicht im Warenaustausch. Die Ermittlung stammt vom CEB (Centro de Estudios Bonaerenses) aufgrund von Angaben aus Brasilien.

Die argentinischen Ausfuhren nach Brasilien gingen im Juli im Vorjahresvergleich u m 25,6% zurück, die Einfuhren aus Brasilien legten im selben Vergleich um 70% zu. Allerdings befinden sie sich noch unter dem Stand von 1999. Die Juliausfuhren für U$S 335 Mio. waren um 3% geringer als im Vormonat. Die Einfuhren aus Brasilien für U$S 387 Mio. waren die grössten seit August 01.

In den ersten sieben Monaten des Jahres wurde aus Brasilien im Monatsdurchschnitt für U$S 319 Mio. importiert, um 87% mehr als im Vorjahr und um 64% mehr als im Gesamtdurchschnitt 2002. Dennoch befinden sich diese Durchschnitte weit unter jenen der vorigen Jahre.

Der Aussenhandelssaldo der ersten sieben Monate 2003 ist für Argentinien mit U$S 454 Mio. positiv. Im gleichen Vorjahreszeitraum war ein Plus von U$S 1,7 Mrd. erwirtschaftet worden.

Konkurrenz brasilianischer Textilien

Der Textilindustriellenverband Pro-Tejer gab bekannt, dass sechs von zehn in Argentinien verkaufter Handtücher aus Brasilien stammt, desgleichen bei Bettdecken, und dass eine Fabrik in Brasilien in der Lage sei, den gesamten Akrylgarnbedarf Argentiniens zu decken.

Des weiteren wird hervorgehoben, dass hier von Denim, dem Stoff für Jeans, monatlich 3,5 Mio. Meter verarbeitet werden. Die heimische Fertigung betrage 2,5 Mio. Meter und die Einfuhren aus Brasilien 2 Mio. Meter, was eine Anhäufung der Lagerbestände und einen bedeutenden Schaden für die hiesigen Erzeuger bedeute.

Monatlich werden hier 1.200 t Acrylgarne verbraucht. Im Vorjahr wurden 1.597 t eingeführt. In der ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden bereits 2.829 t eingeführt, 90% davon von einem einzigen brasilianischen Lieferanten. Auch wurden in den ersten sieben Monaten 2003 3,7 Mio. Handtücher in das Land gebracht, 80% davon aus Brasilien. Hauptimporteure seien die Supermärkte WalMart und Casino.

Auf Anfrage erklärte das brasilianische Aussenhandelssekretariat, dass die Invasion Argentiniens durch brasilianische Erzeugnisse nicht in Abrede gestellt werde, doch hätten die Lieferungen im Vergleich mit jenen der 90er Jahre an Bedeutung verloren.

***

Der Vorsitzende der vom Parlament abhängigen Kontrollstelle, der „Auditoría General de la Nación", Leandro Despouy, bereitet auf Antrag von Wirtschaftsminister R. Lavagna einen Bericht über die Erfüllung der Verplichtungen der privatisierten Unternehmen, die öffentliche Dienste betreiben. Obwohl die Arbeit noch nicht abgeschlossen ist, gab er bekannt, dass er zahlreiche konkrete Nichterfüllungen festgestellt habe, auch während den Regierungen von Menem und De la Rúa, als die Tarife noch nicht eins zu eins pesifiziert und eingefroren worden waren. Lavagna braucht diesen Bericht für die Verhandlungen über Tarife und neue Vertragsbedingungen, sowie als Argumente zur Verteidigung bei den zahlreichen Klagen, die die Unternehmen bei der Schlichtungsagentur der Weltbank eingereicht haben, die auf englisch ICSID und auf spanisch CIADI heisst.

***

Wie verlautet, hat Finanzsekretär Guillermo Nielsen die Initative aufgegeben, Bonds für die Umschuldung auszugeben, bei denen Zinsen oder andere Bedingungen an die Veränderung des Bruttoinlandproduktes gebunden sind. Einmal würde dies ein Hindernis für bestimmte Investment-Fonds darstellen, denen ihre Statuten den Kauf derartiger Wertpapiere verbieten. Und dann würde dadurch ein Risikofaktor in diese Titel eingebaut, der deren Bewertung erschwert. Ohnehin sind BIP-Berechnungen stets fragwürdig, wobei die Zahlen periodisch auf Grund neuer Erhebungen und Daten rückwirkend berichtigt werden (wie es 1994 der Fall war, auf der Grundlage einer Studie der CEPAL und der Weltbank), so dass sich dann ein Streit über diese Titel ergibt.

***

Im Parlament stiess der Artikel des Gesetztesprojektes über die Verhandlungen über die Konzessionsverträge für öffentliche Dienste auf heftige Kritik, durch den bestimmt wird, dass die neuen Verträge, die die Regierung dem Parlament vorlegt, binnen 60 Tagen beanstandet werden müssen, wobei sie sonst automatisch in Kraft treten. Das Parlament soll die neuen Verträge nur gesamthaft genehmigen oder ablehnen können. Es handelt sich um etwas ähnliches wie den „fast track" in den USA.

***

Das Direktorium der Banco Nación hat beschlossen, die Garantien zu vollstrecken, die die Gerberei der Yoma-Gruppe für einen Kredit gegeben hat, der ursprünglich etwas über $ 80 Mio. (gleich Dollar) betrug und jetzt $ 183,2 Mio. ausmacht. Die Firma behauptet, ihre Schuld betrage um die $ 150 Mio. Die Gerberei wurde vor etwa einem Jahrzehnt in der Provinz La Rioja errichtet, im Rahmen der Industrieförderung, die für jene Provinz galt. Der Standort ist denkbar ungünstig, da die Häute von weit her herangeschafft werden müssen, und das Leder auch hohe Transportkosten bis Buenos Aires oder sonstwohin tragen muss. Die Firma schuldet ausserdem der Bank der Provinz Buenos Aires und der Stadtbank von Buenos Aires über $ 40 Mio. Bei Vollstreckung der Kredite würde die Banco Nación nur einen Bruchteil der Forderung erhalten, da die Anlagen einen niedrigen Marktwert haben. Sofern die Yoma-Gruppe bereit ist, gute Garantien zu geben, ist es gut möglich, dass es zu einer Erneuerung der Kredite kommt.

***

Ageera, der Verband der Stromproduzenten, warnte vor einer unmittelbaren Stromknappheit, weil die Wärmekraftwerke teilweise stillegelgt werden müssten. Es handelt sich darum, dass diese Werke im Winter von Gas auf Heizöl übergehen, der wesentlich teurer ist, so dass sie höhere Kosten haben, die sie nicht verkraften können. Da dies nicht durch höhere Tarife ausgeglichen wird, muss CAMMESA, das Staatsunternehmen welches den Grossitenmarkt für elektrischen Strom verwaltet, die Mehrkosten übernehmen. Doch CAMMESA hat ihre finanziellen Reserven schon aufgebraucht und fordert einen Kredit des Schatzamtes.

***

Die Stromverteilungsunternehmen, die die Bundeshaupstadt und Umgebung versorgen, beklagen sich über hohe Diebstähle und Schäden bei ihren Einrichtungen. Im Fall von Edesur wurden Stahlkabel durchschnitten, die die Gerüste aufrecht erhalten, die die Hochspannungsleitungen tragen, so dass eines davon umfiel und Stromausfall verursachte. Kontinuierlich prüft das Unternehmen die Anlagen und repariert sie. Ein Sprecher von Edenor erklärte, im 1. Halbjahr 2003 seien 197 km Kabel gestohlen worden, doppelt so viel wie im ganzen Jahr 2002. Ausserdem wurden monatlich etwa 700 Messgeräte und 8 Transformatoren gestohlen.

***

Obwohl der IWF ein Dreijahresabkommen mit Argentinien unterzeichnen will, meinen bedeutende Wirtschaftler wie Miguel A. Broda und Gabriel Sanchez (Fundación Mediterránea), dass die Regierung ein einjähriges Abkommen vorziehen würde, bei dem der Akzent weniger bei den strukturellen Reformen liegt, die die Regierung lieber hinausschiebt.

***

Die im Adeba-Verband vereinten Banken, die offiziellen, der Provinzen und einige ausländische, haben bei der ZB um die Flexibilisierung der Bedingungen und um eine Garantie für Kreditgewährungen angesucht. Sollte die Nachfrage nach Krediten nicht zunehmen, müssten sich die Banken verkleinern, da das derzeitige Geschäftsvolumen nicht kostendeckend sei. In knapp einem Jahr sei das Kreditvolumen an die Wirtschaft um $ 10 Mrd. zurückgegangen. Durchschnittlich 55-60% der Einnahmen der Banken kamen vor der Abwertung aus diesem Geschäft. Da die Bankeinlagen vorwiegend kurzfristig sind, würden sie als Garantie eine Art automatischer Rediskonte benötigen, um im Fall eines Runs auf Depositen gesichert zu sein. Ebenfalls wird die Abschaffung der Bestimmung gefordert, dass der Kreditnehmer keine Schulden an das Steueramt und die Sozialversicherungen hat. Nach 4 Jahren Rezession, den Depositeneinfrierungen und der Abwertung gebe es wenige kleine und mittlere Unternehmen, die dieser Forderung genügen.

***

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) gab bekannt, dass im Juli bei 13 grossen Unternehmen des Bau- und Infrastrukturtgewerbes Fehlbeträge bei den Sozialabgaben von insgesamt $ 165 Mio. festgestellt wurden. Ausserdem wurden von der AFIP im 1. Halbjahr bereits bei 33.167 Unternehmen ermittelt und Fehlbeträge an die Sozialwerke von $ 300 Mio. festgestellt.

***

Die Firma Colinas hat mit der Hotelkette Howard Johnson einen Vertrag für den Bau eines Hotels im Fremdenverkehrsressort Villa de Merlo, Provinz San Luis, abgeschlossen. Die Investition für das 11. Hotel von Howard Johnson in Argentinien wird U$S 4 Mio. betragen. Weitere Hotels in den Städten San Luis und Villa Mercedes seien bereits vorgesehen.

***

Die gesetzgebende Körperschaft der Provinz Tierra del Fuego hat die Provinzregierung ermächtigt, 2 Fabriken und ein Transportunternehmen der Firma Aurora SA zu enteignen, um sie einer Genossenschaft aus ehemaligen Mitarbeitern derselben, „Metalúrgica Renacer", zu übertragen. Die in Konkurs geratene Firma hatte den Arbeitnehmern die Fabriken, Einrichtungen und das vorhandene Material mit der Auflage übertragen, keine Entlassungsentschädigungen zahlen zu müssen. Da die Firma kein Betriebskapital hat, erzeugt sie seit 2 Jahren nicht mehr.

***

Der Vertrauensindex der Argentinier ist von weniger als 3 Punkten im Jahr 01 auf knapp 16 Punkte 02 auf 20 Punkte 03 angestiegen. In den Landwirtschaftsgebieten ist das Vertrauen grösser als in Buenos Aires Stadt. Die Beraterfirma Ibope hat für die Ermittlung 10.000 Befragungen in 21 Städten durchgeführt.

***

Die Wirtschaftsstrafkammer 2. Instanz hat den Prozess gegen E. Eurnekian, Inhaber der Flughafenkonzession, wegen mutmasslicher erschwerter Steuerhinterziehung und die Pfändung von $ 40 Mio. durch den Richter Cruciani bestätigt. Der Unternehmen bleibt gegen eine Kaution von $ 14 Mio. in Freiheit. Es soll bei seiner Vermögenserklärung Auslandsguthaben verheimlicht haben, und zwar Überweisungen an einen von CitiTrust (Cayman) Ltd. verwalteten Treuhandfonds, und an die ITK Trust Company, Bahamas. Sie wurden 1995 und 97 durchgeführt und in der Steuererklärung als Ausgaben

Schärfere Kontrollen der Ausfuhren

Das staatliche Technologieinstitut INTI (Instituto Nacional de Tecnología Industrial) hat amtlich mitgeteilt, dass 57% der Waagen, Einlauftrichter und Messbehälter für Kraftstoffe die eingesetzt werden, um das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) über ausgeführte Mengen zu unterrichten, den Auflagen über Messgenauigkeit nicht entsprechen.

Die Prüfung wurde im Rahmen der ersten Etappe des im Dezember 02 Unterzeichneten Abkommens zwischen der AFIP und den INTI durchgeführt, das dem Staat die Bekämpfung der Steuerhinterziehung ermöglichen soll. In diesem Abkommen verpflichtet sich das INTI zur technischen Unterstützung für die Kontrollen der Mengen und der Beschaffenheit der Ausfuhrgüter.

In dieser Etappe obliegt es dem INTI, 560 Waagen und Einfülltrichter die der Zolldirektion unterstehen, 410 Messbehälter für Kraftstoffe und neun Gasleitungen zu überprüfen, mit denen Ein- und Ausfuhren gemessen werden. Bisher wurden die Prüfungsprotokolle von 365 Waagen und Einfülltrichtern, 286 Messbehältern und zwei Gasleitungen abgegeben.

Die Gasfernleitungen messen innerhalb der gestatteten Toleranzen. Von den 365 überprüften Waagen messen 208, d.h. 57% mit Irrtümern die ausserhalb der Toleransgrenzen liegen, 111 d.h. 30% befanden sich innerhalb der Toleranzgrenzen und 46, 13%, konnten aus dem INTI fernen Gründen nicht überprüft werden. Die Toleranzen wurden innerhalb der Vorschriften über Masse und Gewichte und jener der Zollverordnung durchgeführt.

Auch wurde festgestellt, dass alle Waagen und Einfülltrichter leicht zu verstellen sind, da sie nicht einmal über einfache Sicherheitseinrichtungen verfügen, wie etwa Plombierungen, die eine Änderung der Einstellungen erkennen lassen.

Bei den 286 vom INTI eingestellten Messbehältern wurde festgestellt, dass 31% doppelt so grosse Abweichungen haben, als es die Mestoleranzen gestatten.

oder Schenkungen angeführt.

***

Atanor investiert in die Erzeugung neuer Unkrautvertilgungsmittel rd. U$S 3 Mio. Das 2,4D genannte Mittel auf der Grundlage von Fenoxyden soll andere Pflanzen nicht beeinträchtigen. Die Atanorfabrik in Rio Tercero, Provinz Córdoba, ist nach der von Dow in den USA die grösste der Welt, die Fenoxyde herstellt. Mit 40% der Gesamtproduktion von 14.000 Jato versorgt Atanor den ganzen argentiischen Markt und exportiert den Rest für U$S 16 Mio. im Jahr.

***

In den Wintermonaten hat der Fremdenverkehr Devisen für $ 1,86 Mrd. eingebracht. Das waren um 40,2% mehr als im Vorjahr, wie das Fremdenverkehrssekretariat bekannt gab. Auch die Ausgaben pro Besucher nahmen von durchschnittlich $ 57 pro Tag auf $ 65 zu. In Ezeiza kamen 688.000 Besucher an, um 37,9% mehr als im Vorjahr. Es kamen um 58% mehr Besucher aus Brasilien und um 47% mehr aus den USA. In den letzten 2 Monaten wurden im Inland 7,2 Mio. Fluggäste befördert, um 13,8% mehr als vor einem Jahr.

***

Repsol-YPF hat der Regierung bestätigt dass sie ihre Produktions- und Investitionstätigkeit in Argentinien aufrecht erhalten wird. Amtlich wurde erklärt, dass es sich um Investitionen von U$S 820 Mio. im Jahr handle.

***

Die privaten AFJP Rentenkassen hatten in den 12 Monaten bis einschliesslich Juli eine Rendite von 17,79%. Die Rendite seit Beginn ihrer Tätigkeit im Juli 1994 beträgt 15,16%. Im Juli hatten sie positive Ergebnisse zwischen 0,28% und 0,99%. Die grösste Rendite erzielte Previsol mit 20,32% vor Nación mit 20,26%.

***

Die Ernennungen in der ZB wurden bestätigt. Pedro Lacoste ist Vizepräsident und Alfredo O'Connell und Eduardo Cafaro Direktoren. Nur gegen letzteren gab es im Parlament Einwände der Opposition wegen seiner ungenügenden Qualifizierung für das Amt.

***

Die Galiciabank gab bekannt, dass sich die Umstrukturierug ihrer Schulden von U$S 1,36 Mrd. in der letzten Etappe befindet. Die ersten Angebote an die Gläubiger, vorwiegend im Ausland, für langfristige Streckungen wurden bereits gemacht. Auf keinen Fall würde das Abkommen mit den Gläubigern eine Änderung bei der Leitung der Bank durch die Familien Escasany, Ayerza und Braun bedeuten. Die ZB-Frist für die Einigung, die am 31.12.03 abläuft, ist wichtig, da nur innerhalb derselben die Erleichterung für die Galiciabank besteht, die rd. $ 4 Mrd., die sie der ZB schuldet mit den Mitteln zu begleichen, die der Staat den Banken für die „garantierten" Kredite rückerstattet.

***

Die Leitung des Staatlichen Registers der Landarbeiter (RENATRE) teilt mit, dass nach Ablauf der Frist nur etwa die Hälfte der Landarbeiter, rd. 350.000, von ihren Arbeitgebern eingetragen wurde. Das Amt schätzt die Zahl der Landarbeiter auf 700.000 bis 750.000. Die Landarbeitergewerkschaft UATRE spricht von 1,2 Mio. Das RENATRE wurde 1999 durch ein Gesetz geschaffen und wird von Gewerkschaftern und Landwirten verwaltet. Es soll die Schwarzarbeit bekämpfen. Die ursprüngliche Frist für die Eintragungen, der 31.7, wurde bis zum 8.8. verlängert. 250.000 der eingetragenen Landarbeiter waren bereits bei den Sozialwerken und dem Steueramt eingetragen. Das RENATRE wird mit 1,5% der Lohnsumme finanziert, die von den Landwirten abzuführen sind. Die Mittel sollen vorwiegend der Arbeitslosenunterstützung der Landarbeiter dienen, die keinen anderen Schutz haben. Dazu müssen sie von dem Amt ein Arbeitbuch haben. Bisher wurden 50.000 derselben ausgestellt.

***

Anleger, die den Eintauschplan II und damit Boden 2013 Bonds angenommen haben, die noch nicht ausgestellt wurden, erhalten die Zahlung des ersten Zinskupons, der ihnen seit dem 30.4.03 geschuldet wird. Die ZB-Mitteilung Nr. 47.744 gestattet den Banken, diese vorübergehende Anzahlung aus eigenen Mitteln durchzuführen.

***

Die Kfz-Neuzulassungen haben im Juli im Vormonatsvergleich um 20% und im Vorjahresvergleich um 144,3% zugenommen, wie der Herstellerverband Adefa bekannt gab. Im ganzen Jahr wurden bisher 73.883 Kfz neu zugelassen, um 2,2% mehr als vor einem Jahr. An erster Stelle steht Ford mit 14.493 Kfz vor VW mit 9.866. Von den 13.647 im Juli zugelassenen Kfz waren 8.325 Pkw, 4.242 Nfz, 498 Lkw und 562 Verschiedene. An Konzessionäre wurden 14.336 Kfz geliefert, um 11,7% mehr als vor einem Monat und um 186,5% mehr als vor einem Jahr. Die Fertigung allerdings, ging im Juli im Vormonatsvergleich um 11,6% und im Vorjahresvergleich um 23,3% zurück. Bei den Lieferungen an die Konzessionäre waren nur 5.301 der 14.336 Fahrzeuge heimischer Fertigung. In den ersten 7 Monaten 03 haben die Lieferungen an Konzessionäre im Vorjahresvergleich um 33,6% zugenommen.

***

Die Regierung erwartet, das neue Abkommen mit dem IWF für Ende des Monats oder Anfang September. Die erste Kladde soll in der kommenden Woche fertiggestellt sein, wie das Wirtschaftsministerium bekannt gab. Die Nachricht wurde nach der Zusammenkunft zwischen Lavagna und US-Schatzsekretär Snow durchgegeben. Die Regierung strebt ein Abkommen auf 3 Jahre und eine Karenzfrist von 3 Jahren für Fälligkeiten von U$S 12,5 Mrd. (U$S 3,1 Mrd. davon werden am kommenden 9. September fällig) bei den internationalen Finanzkörperschaften, an. Seit der Vorwoche arbeitet eine IWF-Mission in Buenos Aires an dem neuen Abkommen.

***

EU-Handelskommissar Lamy hat Wirtschaftsminister in diesem Jahr den 3., diesmal strengen Brief geschickt. Er warnt, dass die schlechte Behandlung, die den Investoren zuteil wird, die Möglichkeiten eines Abkommens zwischen der EU und dem Mercosur in die Ferne rückt. Auch moniert er die Verzögerung bei der Lösung der Tariffragen und der Kompensationen für die Banken.

***

10 Jahre nach der Liquidierung der Staatlichen Getreidejunta übernimmt das Landwirtschaftssekretariat aufs Neue die Kontrolle der Getreidehandels, um die Steuerhinterziehung in dem Bereich zu bekämpfen. Das zuständige Amt wird die ONCCA (Oficina Nacional de Control Comercial Agropecuario) sein, die bereits gegen die Hinterziehung im Rindfleischbereich eine bedeutende Rolle gespielt habe. Die Kontrollen werden am Binnenmarkt durchgeführt, der Aussenhandel unterstehe weiter der AFIP. Amtlich wird bei Getreide mit einer Steuerhinterziehung von U$S 400 Mio. im Jahr gerechnet.

***

Argentinien hat die ersten Gegenargumente bei den von Siemens und Azurix gegen den Staat bei der Weltbankagentur ICSID eingereichten Klage vorgebracht. Weder die Art noch die Grösse der Investitionen könnten nach argentinischer Ansicht die Anrufung einer internationalen Gerichtsbarkeit rechtfertigen. Solle die Zuständigkeit der ICSID bestätigt werden, müsste Argentinien gegen Jahresende auf die Streitfragen eingehen.

***

Derzeit befinden sich in argentinischen Fremdenverkehrsressorts rd. 50 Hotels im Bau oder vor der Eröffnung. Mehrere internationale Hotelketten, darunter Sonesta, USA, die spanische Barcelógruppe und Regal Pacific, Chile und Hong Kong, haben zusätzliche Vorhaben bestätigt. Auch Ritz Carlton will ein Luxushotel in Buenos Aires errichten, Hyatt wird 05 das Hotel im Duhau-Palast einweihen und Accor eines in Puerto Madero. Das Fünfsternehotel von Marriot in Salta wird 04 eröffnet. Dem Fremdenverkehrssekretariat zufolge werden von Hotellketten rd. U$S 200 Mio. und von kleineren Frimen weitere U$S 50 Mio. investiert.

***

Die im CIL (Centro de la Industria Lechera) zusammengeschlossene Molkereiindustrie hat die Klagen der Milchbauern über niedrige Preise zurückgewiesen. Der derzeitige Preisrückgang sei saisonbedingt und nicht eine einseitige Preisfestlegung der Unternehmen. Die derzeitigen Preise wurden durch die Milchknappheit im 1. Halbjahr hinaufgetrieben. Es sei logisch und vernünftig, dass sie nun auf ihr Marktniveau zurückgingen. In den letzen 21 Monaten haben die Milchbauern Preiszunamen von 300% gehabt, gegen 113% im Gross und 127% im Einzelhandel.

***

Die gesetzgebende Körperschaft der Provinz Córdoba hat ein Industrieförderungsgesetz verabschiedet. Es will Provinzgebiete mit einem geringen Entwicklungsstand und an Nachbarprovinzen mit Industrieförderungen anrainende Gebiete begünstigen. Die Regierung hat bereits $ 15 Mio. zugesagt, mit denen 20.000 Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Die Subventionen seien für kleine und mittelständische Betriebe, in Abhängigkeit der geschaffenen Arbeitsplätze, vorgesehen. Auch werden Subventionen für Zinssätze, Strompreise sowie Steuerbegünstigungen vorgesehen.

***

Die gesetzgebende Körperschaft der Provinz Buenos Aires hat die teilweise Enteignung der Sasetru-Speiseölfabrik im Vorort Avellaneda verfügt. Sie soll von einer Genossenschaft ehemaliger Mitarbeiter der Firma verwaltet werden. Die Gebäude und Maschinen wurden zum Gemeinnutz und daher als enteignungsfähig erklärt. Alle Rechtsschritte über die in Konkurs befindlichen Immobilien werden als ungültig erklärt.

***

Mittels Regierungsdekret wird die Verwaltung von Erdöl und -gas an die jeweiligen Provinzen übertragen, soweit es noch nicht in Konzession vergeben ist. Auch wird ein neues Gesetz gefordert, das die Zukunft des Bereiches regeln soll. Damit werde der Paragraph 124 der Verfassung über die Föderalisierung des Naturschatzes befolgt.

***

Das Energiesekratariat hat mittels Beschluss 83/03 (Amtsblatt vom 7.8.03) zum 3. Mal in Folge die Saisonanpassung der Stromtarife, von August bis Oktober, eingefroren. Das Amt, das den Grossistenmarkt verwaltet, Cammesa und die E-Werke haben die Regierung aufmerksam gemacht, das bei dem seit dem Vorjahressommer gültigem Preis von $ 15,70 pro MW/h das Defizit der Cammesa, seit Juni $ 53 Mio., immer grösser wird. Um Cammesa zahlungsfähig zu machen, müsste der Strompreis $ 26 pro Megawattstunde betragen.

***

Die beiden sich ergänzenden Schlachthöfe, Frigorífico Rio Segundo von Logros SA und Frigorífico Pampa von Vare SA, in Rio Segundo, Provinz Córdoba, haben ihre Einweihung gefeiert. Anlass waren die ersten Fleischverschiffungen nach Algier.

***

Das spanische Stromunternehmen Endesa gab bekannt, dass die von ihr kontrollierte Cemsa, die die Stromnetzverbindung zwischen Argentinien und Brasilien betreibt am Mittwoch 700 Megawattstunden aus Brasilien geliefert hat. Damit konnte der Ausfall bei den Stromlieferungen in Argentinien ausgeglichen werden.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Unruhiger Dollar

Nach mehreren Wochen stabilen Wechselkurses bei $ 2,80 je U$S verzeichnete der Devisenmarkt in der Berichtswoche erstmals wieder einen schwachen Höhenflug bis nahezu $ 3,00 je U$S. Letzterer Kurs entspricht der Vorstellung des Wirtschaftsministers Lavagna und des Präsidenten Kirchner, wogegen Zentralbankpräsident Prat Gay sich vor vielen Monaten für $ 2,80 je U$S ausgesprochen hatte.

In einem Devisensystem schwankender Kurse, wie seit Februar 2002 mit zahlreichen Restriktionen und Auflagen, sind Kursbewegungen kaum vorwegzunehmen. Zu viele Faktoren wirken am Devisenmarkt, insbesondere die Erwartungen der vielen Millionen argentinischer Sparer, als dass es der Zentralbank immer gelingen könnte, die Kurs dort zu halten, wo sie es sich vornimmt.

Die obwaltende monetäre Politik, Englisch genannt „inflation targeting“, zielt zudem auf die Wachsamkeit gegenüber massiven Preiszunahmen, genannt Inflation, ab, ohne dass sie sich für einen bestimmten Wechselkurs festlegt. Beide monetäre Ziele, lies Preiszunahmen und Wechselkurs, lassen sich nicht zusammen anstreben.

Für die Zunahme des Wechselkurses von rund $ 2,80 auf nahezu $ 3,00 je U$S wurde am Platz die Anhebung der Marktzinssätze der 10- und 30jährigen US-Anleihen um über einen Prozentpunkt in wenigen Wochen auf mehr als 4% bzw. 5% verantwortlich gemacht. Diese vorerst leichte Zinshausse in USA beruht auf dem gewaltigen Defizit des bundesstaatlichen Haushaltes auf angenommene U$S 450 Mrd. im jetzigen Haushalt bis Ende September, wobei für den Haushalt 2004 ein höherer Fehlbetrag anvisiert wurde.

Addiert man angenommene Gesamtdefizite von mindestens U$S 50 Mrd. (allein Kalifornien droht mit nahezu U$S 40 Mrd. Defizit Konkursanmeldung) der meisten Gliedstaaten, ohne die Gemeinden einzubeziehen, so gelangt man mühelos auf ein Defizit der öffentlichen Hand in USA von etwa U$S 500 Mrd., rund gleichviel wie das Defizit im Warenverkehr, beide gleich 5% des BIP. Das sind 2% mehr als das Fiskalziel des Vertrags von Maastricht für die 15 Mitgliedsländer sowie ab Mitte 2004 für weitere zehn neue Mitglieder. Auch diese Fehlbeträge müssen mit Neuverschuldungen an den Kapitalmärkten finanziert werden, wodurch Gelder für private Investitionen und zugunsten von Schwellenländern verdrängt werden.

Der Internationale Währungsfonds hat dieser Tage das Defizit des US-Schatzamtes gerügt. Ein solches Defizit würde sicherlich mit einem Standby-Abkommen des Fonds mit USA unvereinbar sein, das freilich undenkbar ist. Alan Greenspan, Vorsitzender der US-Zentralbank, genannt Fed, hatte schon vor Monaten seine Besorgnis über diese Entwicklung ausgesprochen. Der Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei, Howard Dean, Exgouverneur von Vermont, profezeite seinem Gegner Präsident Bush bereits im Vorjahr, dass dessen Fiskalpolitik wie Argentinien enden würde. Der Vergleich spricht Bände.

Das US-Schatzamt kündigte massive Neuverschuldungen für die nächsten Wochen an, um das Defizit zu finanzieren. Der Finanzmarkt hatte diese Entwicklung mit der Zinsanhebung bereits vorweggenommen, die von Sachverständigen neuerdings bis 6,5% für die marktgängigsten 10jährigen Treasury-Bonds vorausgesagt worden sind.

Bei höheren USA-Zinsen wandern frei verfügbare Gelder aus Schwellenländern in Zahlungsnot wie Brasilien und Argentinien nach USA ab, was sogleich auf die Devisenmärkte auswirkt. Ähnliches geschah auch in Mexiko und Chile, wo die Marktbrisanz freilich ungleich weniger einschlägt als in Argentinien und Brasilien, die anders als Mexiko und Chile ihre Auslands- und Inlandsverschuldungen längst nicht geregelt haben.

Der argentinische Peso und der brasilianische Real schwanken um $ bzw. R 3,00 je U$S etwa im Gleichzug. Wirtschaftsminister Lavagna erklärte am vergangenen Sonntag im Fernsehen, dass ihm der Verbund mit den Währungen der Länder am Herzen liegt, die den argentinischen Aussenhandel massgebend bestimmen. Diese Umschreibung zielt deutlich auf Brasilien und den Real ab, damit auseinanderklaffende Kurse zwischen Peso und Real zum U$S vermieden werden. Der chilenische und uruguayische Peso sowie der paraguayische Guaraní spielen dabei nur Nebenrollen.

All das ist freilich nur Wunschdenken, solange Argentinien weder das neue Standbyabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds noch die Umschuldung der Defaultbonds abgeschlossen hat. Beide Szenarien sowie die Unsicherheit hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftspolitik bilden die Grundlagen für eine mögliche Volatilität am Devisenmarkt.

Allein die Tatsache, dass die Zentralbank seit Jahresbeginn nur knapp U$S 3,0 Mrd. an Devisenreserven aufgestockt hat, während die Handelsbilanz einen nahezu drei Mal höheren Überschuss erwirtschaften konnte, zeugt davon, dass Devisenschulden abgegolten worden sind, ohne dass frisches Kapital aus dem Ausland hereingeflossen wäre. Die Kapitalbilanz weist nach wie negative Saldi aus, weil mehr Devisen abfliessen als hereinkommen.

Hinzu kommen die niedrigen Bank- und Bondszinsen am lokalen Kapital- und Geldmarkt, so dass höhere US-Zinsen günstige Lockmittel sind. Die Zunahme der US-Bondszinssätze wird sich sicherlich auf den lokalen Geldmarkt auswirken, damit ein eventueller Kursausschlag vermieden wird. Die Notenbank tanzt dabei auf labilem Parkett, solange die Unsicherheit über das Abkommen mit dem Fonds, die Umschuldung und die allgemeine Richtung der Wirtschaftspolitik anhält.

All das beeinflusst die Erwartungen der lokalen Sparer in ungleich stärkerem Ausmass als die der ausländischen Investoren, die Argentinien füglich meiden. Am Platz herrscht hohe Liquidität bei rund $ 80 Mrd. Gesamtdepositen. Die Banken treiben wenige Kreditkunden auf, die wiederum hohe Zinssätze wie während der letzten Konvertibilitätsjahre deutlich scheuen. Mit all dem ist für Volatilität gesorgt.

Fiskaleinnahmen im Juli um 30,5% über Vorjahr

Die gesamten Einnahmen an Steuern, Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren lagen im Juli mit $ 6,51 Mrd. um 30,5% über dem gleichen Vorjahresmonat, jedoch um 0,4% unter Juni. Obwohl diese Zahl erheblich unter dem Rekord von $ 7,15 Mrd. liegt, der im Mai erreicht wurde, handelt es sich dennoch um ein gutes Ergebnis. In 7 Monaten nahm das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) $ 40,67 Mrd. ein, um 51,8% mehr als in der gleichen Vorjahresperiode. Hochgerechnet auf das ganze Jahr ergibt dies fast $ 70 Mrd., leicht unter dem Plansoll. Wenn allerdings in den fehlenden 5 Monaten der Stand vom Juli beibehalten wird, wären es $ 73 Mrd., was mehr als im Budget vorgesehen ist.

Die Einnahmen aus der MwSt. lagen mit brutto (vor Abzug der Rückgabe an Exporteure) mit $ 2,18 Mrd. um 24% über dem Vorjahr, wobei $ 1,46 Mrd. direkt vom Steueramt eingenommen wurden, mit einer Zunahme von 17%. Das Zollamt behielt somit $ 0,72 Mrd. ein, mit einer Zunahme von 38,2% gegenüber dem Vorjahr. Das ist auf die starke Erhöhung der Importe gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen, als sie sehr gedrückt waren.

Die Zunahme der Einnahmen aus der MwSt., ist zum Teil inflationsbedingt, da die Konsumentenpreise im Juni, dem Monat auf den die Steuerzahlung vom Juli entfällt, um 10,2% über dem gleichen Vorjahresmonat lagen, und die Grossistenpreise sogar um 0,2% niedriger waren. Ein Teil der Zunahme ist auf die bessere Konjunktur zurückzuführen, wobei mit einer um etwa 6% höheren Wirtschaftstätigkeit gerechnet wird, und ein anderer auf die höhere Liquidität, durch Zunahme der Geldmenge und Abbau von Lagerbeständen. Minister Lavagna betonte, dass die Hinterziehung abgenommen habe, wegen der intensiv durchgeführten Inspektionen der AFIP und auch als psychologische Reaktion auf die angekündigten Massnahmen zur Steuerkontrolle. Die Einnahmen wäre noch höher ausgefallen, wenn nicht bei Käufen mit Kreditkarten eine Rückvergütung von 3 Punkten der MwSt. eingeführt worden wäre. Bisher wurden nur bei Zahlkarten 5 Punkte zurückgegeben. Dennoch wird die Hinterziehung bei der MwSt. immer noch auf etwa ein Drittel des theoretischen Gesamtbetrages geschätzt, was entschieden zu hoch und untragbar ist, vor allem we-

gen der unlauteren Konkurrenz, die dies beinhaltet.

Die Einnahmen aus der Gewinnsteuer lagen mit $ 1,18 Mrd. um 55% über dem Vorjahr. Hier wirkte sich weiter die Tatsache aus, dass die Steuererklärungen von Unternehmen nicht inflationsberichtigt werden durften. Wenn die relative Stabilität, die nach dem Inflationssprung von Anfang 2002 eintrat, beibehalten wird, dürfte diese Wirkung abflauen.

Der grösste Sprung trat bei der Steuer auf persönliche Güter ein, mit Einnahmen $ 0,47 Mrd., die 348,6% über Juli 02 darstellen. In diesem Fall wirkte sich die Reform voll aus, die Unternehmen zwingt, diese Steuer mit einem Satz von 0,5% einzubehalten und dann von ihren Aktionären oder Teilhabern zu kassieren. Das dürfte noch allerlei Ärger mit sich bringen, da Unternehmen, die keine Dividende in bar oder einen Gewinn ausschütten, keine praktische Möglichkeit haben, die bezahlte Steuer von den Inhabern des Unternehmens bezahlt zu bekommen. Abgesehen davon sammelt sich hier ein Rattenschwanz von Prozessen gegen das Steueramt, da in mehreren Doppelbesteuerungsabkommen eine Steuer dieser Art ausdrücklich verboten wird.

Die Einnahmen aus Beiträgen zu den Pensionskassen lagen mit $ 1,12 Mrd. um 22,8% über dem Vorjahr. Das ist zum Teil die auf Aufnahme der Zulage von $ 200 pro Monat in den normalen Lohn (oder Gehalt) zurückzuführen, auf den Sozialabgaben gezahlt werden. Auf der anderen Seite hat die Schwarzarbeit leicht zugenommen, was sich negativ auswirkt. Minister Lavagna meint, dass sich die Kontrollen der AFIP, die in den letzten Wochen spezifisch für diese Angelegenheit eingeführt worden sind, auch ausgewirkt haben.

Die Exportzölle ergaben im Juli $ 0,89 Mrd., um 22,1% mehr als im Vorjahr. Das hängt direkt mit den höheren Exporten zusammen, wobei angenommen wird, dass die Ernte 2002/03 zum allergrössten Teil schon exportiert wurde, so dass für die kommenden Monate mit geringeren Einnahmen gerechnet wird. Dieses Jahr spekulierten die Landwirte nicht mit einer weiteren Abwertung, und haben sich, wie in den Vorjahren bemüht, ihre Produktion so schnell wie möglich zu verkaufen, wobei dem, seit der Hafenprivatisierung und -deregulierung, nichts im Wege steht.

Die Steuer auf Giro- und Sparkontenbewegungen brachte $ 0,52 Mrd, ein, um 9,7% mehr als im Vorjahr. Das reimt sich mit der gestiegenen Wirtschaftstätigkeit und der höheren Liquidität nicht zusammen und deutet auf einen stärkeren Übergang zum Bargeldverkehr hin. Diese Steuer wirkt sich in letzter Zeit besonders störend auf die Wirtschaft aus, weil die Bankzinsen für Fristdepositen unter 2% jährlich gesunken sind, so dass nach Berechnung der Steuer kaum etwas übrig bleibt, bei kurzfristigen Geschäften sogar ein Fehlbetrag entsteht.

Diese Steuer und die auf Exporte machen zusammen 22% der Einnahmen der AFIP aus. Rechnet man noch die Besteuerung von Buchgewinnen, die durch die Inflation entstehen, hinzu, plus andere Verzerrungen (wie die Überschüsse, die bei Landwirten gelegentlich entstehen, die bei Düngemitteln u.a. Produkten einen MwSt-Satz von 21% zahlen, aber beim Verkauf ihrer Produkte nur 10,5% berechnen), kommt man auf etwa 25% der gesamten Steuereinnahmen. Das ist für Steuern dieser Art, die den Wirtschaftsprozess stören, entschieden zu viel.

Wirtschaftsminister Lavagna antwortete letzte Woche auf die Frage, ob Steuersenkungen in Sicht seien, dass diese durch höhere Einnahmen kompensiert werden müssten. Zuerst sollen die verzerrenden Steuern gesenkt werden, also die Exportsteuern und die Steuer auf Bankkontenbewegungen, und danach die Konsumsteuern, also die MwSt. In der Praxis bedeutet dies jedoch, dass bei keiner der traditionellen Steuern eine Senkung der Sätze in Aussicht steht. Ausserdem bedeutet diese These, dass eine eventuelle Zunahme des primären Überschusses durch Senkung der Staatsausgaben erreicht werden muss, was kaum als möglich erscheint, zumal die Kürzung der Gehälter um 13% aufgehoben wurde, das kostspielige Subventionsprogramm für arbeitslose Familienoberhäupter beibehalten werden soll und ausserdem laufend neue Staatsinvestitionen angekündigt werden.

Pressgas für Kfz und Gasknappheit

Der Konsum von Pressgas (GNC, „Gas Natural Comprimido“) für Kfz steigt seit letztem Jahr besonders stark. Etwa 1,2 Mio. Kfz wurden schon auf Pressgas umgerüstet, und monatlich kommen etwa 20.000 hinzu, etwa doppelt so viele wie 2002. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Brennstoffkosten gegenüber Benzin etwa ein Viertel betragen, und auch im Vergleich zu Diesel-treibstoff etwa die Hälfte. Kein Wunder, dass fast alle Taxis auf Gas übergehen, wobei das auch erklärt, warum sie trotz Tarifen, die bis vor einem Monat seit 2001 eingefroren waren, überleben konnten. Den Nachteil, dass sie täglich Gas aufladen müssen, da eine Gasladung für 150 bis 200 km reicht, nehmen sie bei dieser grossen Preisdifferenz hin. Pressgas war schon vor der Abwertung viel billiger; aber ab Dezember 2001 ist der Preis für Superbenzin um 89% gestiegen, für Dieseltreibstoff um 140%, während er bei Pressgas nur 31% zunahm.

Für die argentinische Wirtschaft ist dies positiv, da Argentinien über grosse Gasvorkommen verfügt und so weit wie möglich auf Gas als Brennstoffversorger übergehen sollte, damit mehr Erdöl exportiert werden kann. Auch ist die Umweltbelastung bei der Gasverbrennung geringer als bei Benzin oder Dieseltreib-stoff.

Der Pressgaskonsum für Kfz stellt schon etwa 10% der gesamten Gasnachfrage dar, die ohnehin mit der Erholung der Wirtschaft und einer kontinuierlichen Substitution von Heizöl und Dieseltreibstoff durch Gas zunimmt. Die Ferngasleitungen sind voll ausgelastet, nachdem die Transportkapazität schon durch zusätzliche Pumpstaionen bei der Leitung von Neuquén bis Buenos Aires stark erhöht worden ist. Somit treten Knappheitserscheinungen auf, besonders in den kalten Wintertagen, in denen der Haushaltskonsum für Heizungen steil zunimmt.

Die Unternehmen, die Córdoba, Santa Fé und südlich davon gelegene Gegenden mit Gas versorgen, nämlich Camuzzi, Litoral Gas und Ecogas, lassen keine neuen Pressgasstationen zu, was ein Hindernis für eine weitere starke Konsumzunahme ist. Hingegen genehmigen die Unternehmen, die die Bundeshaupstadt und Umgebung und den Norden des Landes versorgen, nämlich GasNatural BAN, MetroGas, GasNor und GasNea, weiterhin neue Gasstationen. Es handelt sich meistens darum, dass die traditionellen Tankstellen auch mit Pressgasanlagen ausgestattet werden, was notwendig ist, da der Umsatz von Benzin und Dieseltreib-stoff ständig zurückgeht.

Als Lösung wird erwogen, dass auch der Pressgaskonsum für Kfz unterbrochen werden kann, wenn die Gasnachfrage im Winter steigt. Bei den Elektrizitätswerken ist es schon so, dass sie dann gezwungen werden, von Gas auf Heizöl überzugehen. Die Kfz-Fahrer müssten dann auf Benzin übergehen. Bei einer Regelung dieser Art kann jede Menge von Gasstationen zugelassen werden.

Bei Benzin und Dieseltreibstoff ist der Preis halbwegs frei, d.h. er richtet sich nach dem internationalen Erdölpreis (minus Transportkosten und Exportsteuern), und wird dann auf dieser Basis zwischen Regierung und Unternehmen vereinbart. Beim Erdgas ist der Preis seit der Abwertung eins zu eins pesifiziert und eingefroren worden, weil Gas als öffentlicher Dienst eingestuft wird. Das hat diese übertriebene Preisdiskrepanz herbeigeführt, die die Gasnachfrage künstlich erhöht.

Der niedrige Gaspreis hat zwei Wirkungen. Einmal wird nicht mehr nach Gas geforscht, so dass die Reserven ständig abnehmen. Das ist recht absurd, da die Experten grosse Vorkommen vermuten, deren Erforschung jedoch viel kostet und einige Zeit in Anspruch nimmt. Zum Zweiten werden keine neuen Gasleitungen gelegt, die notwendig sind, um die steigende Nachfrage in den Konsumzentren zu befriedigen. Es handelt sich um den ersten Fall, bei dem die niedrigen Tarife eine kritische Situation schaffen und Investitionen verhindern, die indirekt, wegen dem Ersatz von Erdölprodukten, zur Exportsteigerung beitragen.

PREISENTWICKLUNG

Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II: gegenüber Vorjahr

Monat	Konsumenten-preise		Grossisten-preise allgemein		Grossistenpreise: national				Baukosten	
					Nichtlandwirt-schaftlich		Landwirt-schaftlich			
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
2002										
Juli	3,2	32,9	4,6	97,3	-4,2	58,0	7,3	119,9	3,9	32,9
August	2,3	36,5	5,2	109,7	0,8	58,2	10,3	142,5	2,6	36.8
September	1,3	38,5	2,4	114,6	-0,1	59,0	6,0	169,4	1,5	39,3
Oktober	0,2	40,6	-1,6	118,3	-4,1	59,3	1,3	167,9	0,2	41,4
Dezember	0,2	41,0	-0,3	127,0	2,3	69,1	-1,4	173,2	-0,3	39,8
2003										
Januar	1,3	39,6	0,5	106,0	0,6	63,9	-3,9	126,4	1,3	39,0
Februar	0,6	36,1	0,4	84,0	1,1	60,4	0,9	101,9	-0,1	31,5
März	0,6	31,7	-0,7	62,1	0,0	34,1	-3,6	73,4	0,4	26,8
April	0,1	19,4	-1,8	32,5	3,3	17,3	-3,3	42,5	-0,5	18,9
Mai	-0,4	14,3	-0,6	17,2	-0,3	8,3	0,9	24,5	1,5	12,1
Juni	-0,1	10,2	-0,1	8,3	-0,6	0,5	0,3	11,4	0,0	12,0
Juli	0,4	7,3	0,0	3,3	0,1	5,0	0,4	4,3	0,7	7,9

Quelle: INDEC